

Reihenweise ließ die Parteibasis bei der Listenaufstellung für die Bundestags- und Landtagswahlen im vorigen Jahr engagierte Parlamentarier aus der Volkshammer durchfallen – wegen angeblicher Basisferne. Selbst Promis wie Markus Meckel, Partei-Vize zu DDR-Zeiten und heute Abgeordneter in Bonn, schafften nur mit Mühe den Weg durch die Parteiinstanzen. Die Ost-SPD wehre sich „gegen die Autoritäten in den eigenen Reihen“, sagt Gisela Schröter. „Aber sie akzeptiert es, wenn sie von außen, also aus dem Westen kommen.“

Inzwischen hat sich allerdings auch die West-Prominenz, die sich wie Anke Fuchs, Friedhelm Farthmann oder Klaus Klingner als Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern aufstellen ließen, fast vollständig zurückgezogen. Nur in Brandenburg, wo die SPD mit Manfred Stolpe den Ministerpräsidenten stellt und folglich lukrative Posten zu vergeben waren, blieben Sozialdemokraten aus den Altbundesländern präsent.

Im Partei-Hauptquartier, so Stephan Hilsberg, „fehlen Leute, die genügend Sensibilität für den Osten haben. Die beschäftigen sich nur mit Bonn und sich selbst“ – allen voran Kassenwart Klose.

Der Unmut beruht offensichtlich auf Gegenseitigkeit, mit der westlichen Solidarität für die armen Brüder im Osten ist es auch bei den Sozialdemokraten nicht weit. Als Schatzmeister Klose gemäß Parteitagbeschluss zur Jahreswende von allen Genossen einen Beitrag zu dem Sonderfonds einforderte, aus dem der Partei-Aufbau im Osten mit rund 40 Millionen Mark finanziert werden soll, gingen in seinem Büro binnen weniger Wochen mehr als 2000 Protestschreiben ein. Die Zahl der Parteiaustritte im Westen, so Klose, sei seitdem „schmerzlich hoch“.

Presse

Siehe Bitte d. Ministers

Aktenvermerke aus Bonn beweisen, wie ein Pressebetrieb in der Ex-DDR einem Freund von Hans-Dietrich Genscher zugeschoben wurde.

Theo Waigel verordnete der Berliner Treuhandanstalt „klare Verfahrensgrundsätze“. Bei der beabsichtigten „zügigen Privatisierung“ von Staatsbetrieben in der früheren DDR, hieß es in einem „Gesamtkonzept“ des Bundesfinanzministers von Mitte November letzten Jahres, sei für „größtmögliche Transparenz und Objektivität der Vertragsverhandlungen“ zu sorgen.

Zu spät. Schon im Juli und August letzten Jahres hatte Bundeskanzler Helmut Kohl bei dem damaligen Treuhand-Präsidenten Reiner Maria Gohlke den zügigen Verkauf einer großen DDR-Zeitung an einen CDU-nahen Verlag in seiner Heimatstadt Ludwigshafen betrieben (SPIEGEL 11/1991). Um die gleiche Zeit ließ Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, wie sich jetzt beweisen läßt, einen DDR-Pressebetrieb in seiner Heimatstadt Halle einem ihm politisch genehmen West-Verleger zuschieben.

Kohl und Genscher konnten der Versuchung nicht widerstehen, die ihnen zugefallene Verfügungsgewalt über die neue Staatsholding der ehemaligen DDR-Wirtschaft für ihre parteipolitischen Zwecke zu mißbrauchen. Früher von der SED gleichgeschaltete Zeitun-

sche Kanäle eingespeist. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) wies seine Beamten handschriftlich an: „bitte bei THA nachfassen“, also bei der Berliner Treuhandanstalt. In Klammern vermerkte er: „auch Interesse von BM Genscher“.

Haussmanns Kabinettsreferent Bernd-Wolfgang Weismann adressierte das Schreiben am 20. August 1990 an Ministerialrat Friedrich Homann weiter, den Referenten für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Leitungsstab Deutschland (Amtskürzel: L-D1).

Weismann stieß bei Homann nach: „Siehe Bitte d. Ministers.“ Er habe damit nicht Genscher gemeint, sagte Weismann, als ihm der SPIEGEL das Dokument am Freitag letzter Woche vorhielt, sondern den eigenen Minister,

der OVB-EXPRESS-fred Neven DuMont (l.) und Wilhelm Sand-
Medientreff, organi-mann.



Hans-Dietrich Genscher stieß mit Alfred Neven DuMont Grill-Spaß für I
und Dom-Kölsch-Chef Jochen Köhler (r.) an. Angelika Millst

Verleger Neven DuMont (3. v. l.), Helfer Genscher*: „Was ist da los?“

gen bugsierten sie von Staats wegen in eine neue Gefügigkeit, die sich schon daraus ergibt, daß sie für die neuen Eigentümer ihre guten Beziehungen spielen ließen.

Einer der beiden Fälle begann damit, daß sich Alfred Neven DuMont, 63, Mitinhaber des Kölner Verlags M. DuMont Schauberg (*Kölner Stadt-Anzeiger, Express*), um den Kauf der *Mitteldeutschen Zeitung* in Halle bewarb. In einem Brief vom 3. August letzten Jahres an den damaligen Treuhand-Verwaltungsratsvorsitzenden, Detlev Rohwedder, äußerte der FDP-nahe Verleger Neven DuMont, der über beste Beziehungen zu freidemokratischen Spitzenpolitikern verfügt, die „dringende Bitte“ um ein Gespräch seiner Geschäftsführung mit dem Treuhand-Vorstand.

Doch damit nicht genug. Schon drei Tage später wurde eine Kopie des Neven-DuMont-Briefes in Bonner politi-

also Haussmann. Und daraufhin ging alles ganz schnell.

Homann ließ am Tag danach Kopien anfertigen für Ministerialdirigent Rudolf Scheid und den damals für Treuhand-Angelegenheiten zuständigen Regierungsdirektor Wolf-Dieter Blessing. Scheid, eine Art ständiger Verbindungsmann des Ministeriums zur Treuhand, erhielt die ihm zuge dachte Kopie am 22. August frühmorgens per Fax und reiste damit am selben Tag nach Berlin.

Dort wurde das Neven-DuMont-Schreiben im Sekretariat des leitenden Treuhand-Mitarbeiters Professor Paul Liehmann „von Herrn Scheid persönlich abgegeben“, wie die Sekretärin in einer beigehefteten Notiz festhielt.

Nächstentags landete der Brief, laut Eingangsstempel, in der Abteilung Bau-

* Bei einem Verlagsfest am 29. Juni 1990 in Halle (Auszug aus dem Kölner *Express*).



Die Perestroika hat die Krise der Sowjetunion drastisch zugespitzt. Der Gigant ist gelähmt durch wirtschaftlichen Niedergang, Separatismus, Fundamentalismus, Kriminalität, Umwelt- und Drogenprobleme. Welchen Weg wird das Land in die Zukunft nehmen? Johannes Grotzky, langjähriger Korrespondent in Moskau, vermittelt einen umfassenden Eindruck vom politischen und sozialen Leben in der heutigen Sowjetunion. 463 Seiten. 24 s/w-Fotos. DM 44.-

Zwei Weltmächte am Scheideweg

Amerika steht am Scheideweg. Verliert es seine Vormachtstellung in der westlichen Welt oder gewinnt es sie durch seinen Einsatz am Golf zurück? Geht es an seinen ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Problemen innerlich zugrunde oder ist sein schöpferisches Potential so hoch, daß es sich wieder konsolidieren wird? Peter Staisch, ARD-Korrespondent in Washington, berichtet aus dem Land der Widersprüche. 336 Seiten. DM 39,80



PIPER

wesen, die zugleich für Pressebetriebe zuständig war. Am 25. September 1990 erteilte Vorstandsmitglied Karl Schirmer dem stellvertretenden Verwaltungsratschef der Treuhand, Otto Gellert, den Auftrag, „mit DuMont Schauberg die Schlußverhandlung zu führen“.

Der Kaufvertrag wurde im Dezember letzten Jahres unterschrieben. Um den schnellen Verkauf der *Mitteldeutschen Zeitung* zu rechtfertigen, hatte Gellert den Preis von 15 Millionen Mark, die Neven DuMont zunächst geboten hatte, auf 103,5 Millionen Mark hochverhandelt.

Dennoch wurde Ministerfreund Neven DuMont bevorzugt bedient. Nur der Verlag der CDU-nahen *Die Rheinpfalz* in Ludwigshafen, für den sich Helmut Kohl eingesetzt hatte, wurde ähnlich prompt mit dem Verkauf der größten Regionalzeitung in der Ex-DDR, der *Freien Presse* in Chemnitz, bedacht.

Alle anderen West-Verlage, die seit langem mit früheren SED-Zeitungen zusammenarbeiten und dort bereits Millionenbeträge investiert haben, warten bis heute vergebens auf eine Entscheidung. Die Treuhandanstalt begann im Dezember mit einer begrenzten Ausschreibung für zehn Zeitungs- und Druckbetriebe, deren Ergebnis noch aussteht.

Drei Verlage, die sich ebenfalls um die *Mitteldeutsche Zeitung* beworben hatten, wurden übergangen. Es waren der Axel Springer Verlag sowie die Verlage der Münchner *Süddeutschen Zeitung* und der Mainzer *Allgemeinen Zeitung*, die nicht einmal Gelegenheit erhielten, ihre Angebote für das Unternehmen in Halle zu beziffern. Sie wurden nur lapidar beschieden, Halle sei an Neven DuMont bereits vergeben.

Zurückgesetzt wurde auch der liberale Verlag Gruner + Jahr (*Stern*), der etwa zur gleichen Zeit wie Neven DuMont mit der Treuhand verhandelte. Dabei ging es um die *Sächsische Zeitung* (Auflage: 525 000) in Dresden, für die ebenfalls drei weitere konkurrierende Angebote vorlagen wie im Fall Halle. Doch Gruner + Jahr (G + J) wurde von Gellert abgeblockt, während Genscher-Freund Neven DuMont zum Zuge kam. Gohlke-Nachfolger Detlev Rohwedder, von G + J zur Wiederaufnahme der Verhandlungen aufgefordert, hüllt sich seit Wochen in Schweigen.

ALFRED NEVEN DUMONT
 98 02 90
 Eingangs-Nr.: 476
 1. August 1990
 1020 Berlin / DDR
 An den Vorstand
 der Verwaltungsrat der
 Anstalt zur Treuhandübernahme
 Verwaltung des Volkseigentums
 Herrn Dr. Detlev Rohwedder
 Alexanderplatz 5
 1020 Berlin / DDR
 Ich wende mich heute an Sie mit der dringenden Bitte, ein Gespräch zwischen dem Vorstand der Treuhandanstalt und der Geschäftsführung meines Hauses zu vermitteln. Zur Begründung darf ich kurz auf folgendes hinweisen:
 Mein Haus steht bereits seit Ende Februar d. J. in einer Kooperation mit den 'Mitteldeutschen Druck- und Verlagshaus' in Halle, in dem die 'Mitteldeutsche Zeitung' (früher 'Freie Presse', Auflage 540.000 täglich) erscheint. Die sehr große, aber völlig veraltete Druckerei stellt außerdem zahlreiche Fremdobjekte her.
 Zu dieser frühen Kooperation hatten wir uns ohne vertragliche

Neven-DuMont-Brief mit Bonner Anweisungen „Auch Interesse von BM Genscher“

Auch der konservative Heinrich Bauer Verlag ist „stinksauer“, so Geschäftsführer Peter Heidenreich. Bauer hatte mit vier einstigen SED-Verlagen bereits 19-Prozent-Beteiligungen nach früherem DDR-Recht abgeschlossen und für die notariellen Beglaubigungen einige zehntausend Mark bezahlt. Gellert dagegen mokierte sich über die Fahrlässigkeit der West-Verlage, die von der damaligen Joint-venture-Regelung „keinen Gebrauch gemacht“ und damit ihr Vorrecht auf Verlagskäufe verwirkt hätten.

Weismann spielt die Bonner Vermerke auf dem Neven-DuMont-Papier nun als „völlig harmlos“ herunter. Bei der Treuhand „nachfassen“, wie von Haussmann notiert, bedeute lediglich „nachfragen: Was ist da los?“

_____ Affären _____

Das goldene Schlitzohr

Der Stuttgarter Dienstreisen-Ausschuß kommt kaum voran: Späth hat Gedächtnislücken, die CDU blockiert die Ermittlungen.

Der Zeuge reagierte schnippisch. Lothar Späth, 53, der frühere baden-württembergische Ministerpräsident, tat so, als verstehe er die ganze Aufregung nicht, als er am Donnerstag und Freitag letzter Woche vor dem Untersuchungsausschuß im Stuttgarter Landtag saß. Auf die Fragen der Opposition nach Traumreisen mit Industrie-